

beziehungswweise

NOVEMBER 2018

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG

WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- | | |
|---|---|
| <p>1 THEMA Mütterberufstätigkeit und Elternzeit in Europa
Eine Analyse der Einstellungen</p> | <p>6 THEMA Ein Kind – zwei Eltern?
Vielfalt von Elternschaft: Wie entsteht Elternschaft und wieviel Eltern sind möglich?</p> |
| <p>5 SERIE Wussten Sie, dass ...
... ältere Jugendliche seltener mit der Familie essen?</p> | <p>8 SERVICE termin: Die Gemeinde – Lernort für Kinder
publikation: Wertewandel in Österreich
termin: Erforschung der frühen Kindheit: Auf den Spuren Charlotte Bühlers</p> |

THEMA

Mütterberufstätigkeit und Elternzeit in Europa

Eine Analyse der Einstellungen

VON ELIAS NAUMANN

Die Familienpolitik in verschiedenen europäischen Ländern unterscheidet sich zum Teil recht deutlich voneinander. In manchen Ländern werden Familien mit Kindern sehr stark gefördert, in anderen Ländern hingegen bekommen Familien nur eine sehr geringe Unterstützung. In manchen Ländern gibt es umfangreiche Angebote, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern zu gewährleisten, während in anderen Ländern Eltern kaum unterstützt werden, um nach der Geburt eines Kindes berufstätig zu bleiben. Aber entsprechen diese Unterschiede eigentlich auch den Wünschen der Bevölkerung? Dieser Beitrag untersucht die Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik in Europa. Zunächst wird untersucht, wie die Berufstätigkeit von Müttern wahrgenommen wird. Wird eine Erwerbsbeteiligung von Müttern eher positiv oder negativ gesehen? Wie hat sich diese Einschätzung über die Zeit verändert? Und hängt diese Veränderung mit der tatsächlichen Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern zusammen?

Als konkrete familienpolitische Maßnahme wurde zudem in den letzten Jahren in vielen Ländern die Möglichkeit der bezahlten Elternzeit eingeführt beziehungsweise ausgebaut. Daher wird im zweiten Teil dieses Beitrags dargestellt, wie die Bevölkerung zu einer bezahlten Elternzeit steht. Wie lange sollen Eltern nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf bezahlte Erziehungszeit haben, und wie sollen sich Väter und Mütter diese Zeit untereinander aufteilen?

Für die Analyse wurden Daten des International Social Survey Programme (ISSP) verwendet, der seit 1985 jedes Jahr Umfragen zu sozialwissenschaftlich relevanten Themen in mittlerweile mehr als 30 Ländern durchführt. In jedem Land werden 1.000 bis 2.500 Befragte zufällig ausgewählt, sodass die Stichprobe repräsentativ für die jeweilige Bevölkerung ist. In diesem Beitrag werden sieben Länder betrachtet, die unterschiedliche Typen der Familienpolitik repräsentieren (Bahle 2008).



Quelle: digikaart.nl

Die Familienpolitik in Deutschland (DE), in Österreich (AT) und den Niederlanden (NL) hat primär einen horizontalen Ausgleich von Familienlasten und eine finanzielle Unterstützung von Familien zum Ziel. Damit wird das klassische Familienmodell mit einem (männlichen) Hauptverdiener gefördert (*expliziter Familialismus*). Hingegen zielt die ausgeprägte Familienpolitik in Schweden (SE) vor allem auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und fördert eine hohe Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter (*optionaler Familialismus*). In Großbritannien (GB) ist die Familienpolitik deutlich geringer ausgeprägt, und Ziel ist vor allem die Armutsbekämpfung, ohne dass ein bestimmtes Familienmodell besonders gefördert wird (*Defamilialismus*). Die südeuropäischen Länder wie zum Beispiel Spanien (ES) bieten wenige staatliche Familienleistungen. Es wird davon ausgegangen, dass die Familien einen großen Teil der Unterstützungsleistungen übernehmen (*impliziter Familialismus*). Schließlich stellt Ungarn (HU) ein Beispiel für osteuropäische Länder dar, die in der Regel eine sehr gering ausgeprägte Familienpolitik aufweisen, sich jedoch tendenziell in Richtung eines expliziten Familialismus bewegen.

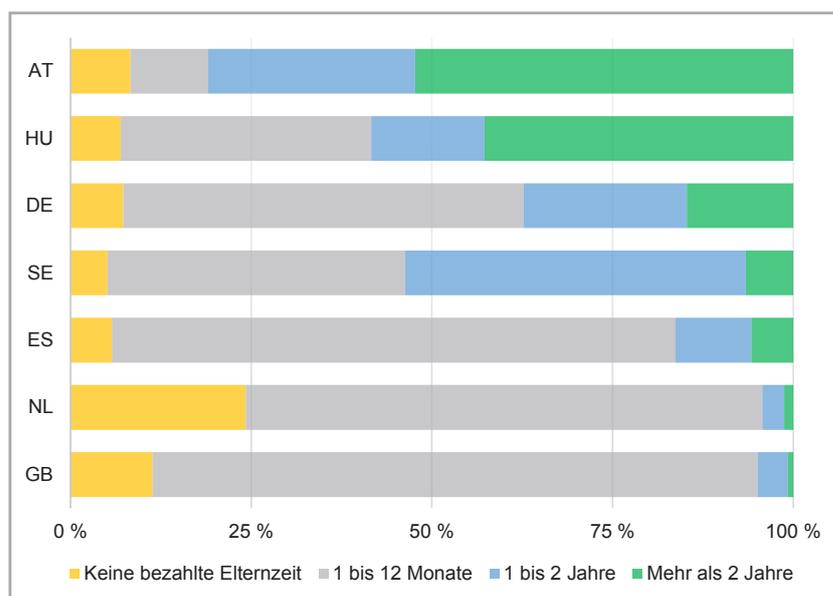
Wie wird die Berufstätigkeit von Müttern bewertet?

Eine wichtige gesellschaftliche Frage ist natürlich, inwieweit die Vorstellungen der Bevölkerung in Bezug auf die Familienpolitik mit der tatsächlichen Politik in einem Land übereinstimmen. Wird eine Berufstätigkeit von Müttern eher positiv oder negativ gesehen? Wie hat sich diese Einschätzung über die Zeit verändert, und hängt diese Veränderung mit der tatsächlichen Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen zusammen?

Die Befragten sollten angeben, inwieweit sie zustimmen, dass ein Kind, das noch nicht zur Schule geht, wahrscheinlich darunter leiden wird, wenn seine Mutter berufstätig ist. Dabei ist ganz allgemein ein positiver Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung von Frauen und den Einstellungen der Bevölkerung dazu festzustellen. In Ländern mit geringer Erwerbsbeteiligung von Frauen, wie zum Beispiel in Spanien, Ungarn, Deutschland und Österreich, wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen eher negativ bewertet, während vor allem in Schweden und auch in Großbritannien viele Mütter arbeiten und die Einstellungen entsprechend auch sehr positiv sind. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich, wenn man auf die Veränderungen im zeitlichen Verlauf schaut. In fast jedem Land hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwischen 1994 und 2012 zugenommen, und dieser Anstieg geht

einher mit einer zunehmend positiveren Sicht auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Allerdings scheint es so, dass sich in manchen Ländern die tatsächlichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Familienpolitik deutlich schneller verändern als die Einstellungen. So ist vor allem in den Niederlanden und in Spanien eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu beobachten, während in der gleichen Zeit die Einstellungen gegenüber arbeitenden Müttern nur in geringem Umfang positiver geworden sind.

Abbildung 1: Wie lang sollte eine bezahlte Elternzeit dauern?



Datenquelle: ISSP 2012, n = 9.098

Gewünschte Dauer der Elternzeit

Ein wichtiges familienpolitisches Instrument der letzten Jahre ist die Elternzeit. Abbildung 1 macht deutlich, wie lange eine bezahlte Elternzeit aus Sicht der Bevölkerung dauern sollte. Die Daten stammen aus dem Jahr 2012. Die Länder sind von oben nach unten entsprechend ihrer Zustimmung zu einer relativ langen bezahlten Elternzeit von mehr als zwei Jahren sortiert. Die größte Zustimmung für eine lange bezahlte Elternzeit findet sich in Österreich und Ungarn, wo die Mehrheit der Befragten eine Dauer von mehr als zwei Jahren bevorzugt. In Schweden findet eine bezahlte Elternzeit von ein bis zwei Jahren die größte Zustimmung, während die Befragten in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und Spanien am ehesten für eine ein- bis zwölfmonatige Elternzeit stimmen. In allen Ländern findet sich lediglich eine recht kleine Gruppe an Befragten, die der Meinung sind, dass es keine bezahlte Elternzeit geben sollte. Dies ist am ehesten in den Niederlanden (24 %) und Großbritannien (11 %) der Fall.

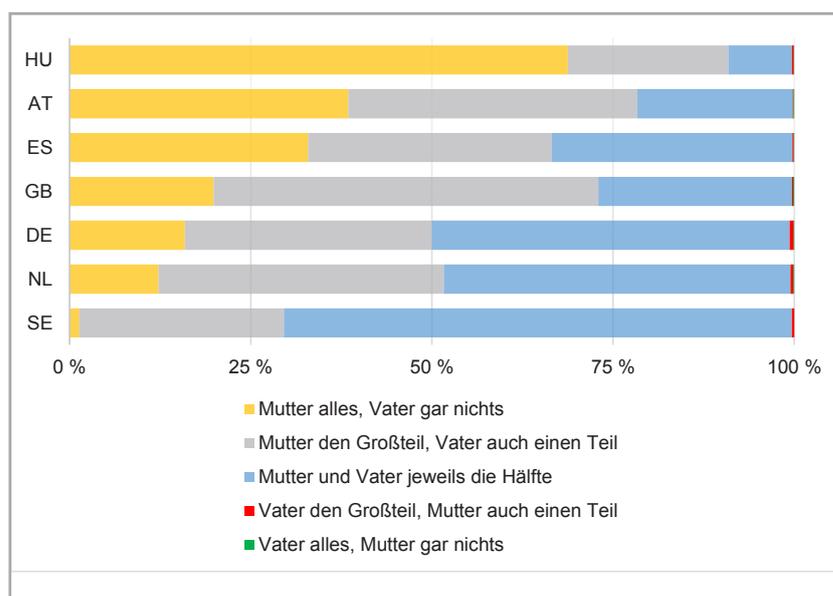
Damit zeigt sich, dass im Großen und Ganzen die bestehenden Regelungen mit der von der Bevölkerung gewollten Politik übereinstimmen (Moss 2012). Denn die Zustimmung für eine lange bezahlte Elternzeit ist in den Ländern am größten, die auch vergleichsweise lange bezahlte Elternzeiten erlauben wie Österreich (12 Monate mit 80 % des letzten Verdienstes oder wahlweise bis zu 36 Monate bezahlte Elternzeit mit einem einkommensunabhängigen, festen Elterngeld)¹, Ungarn (mit 24 Monaten, davon zunächst sechs gut bezahlte Monate mit 70 % des letzten Verdienstes, danach ca. 450 Euro pro Monat), Schweden (maximal 16 Monate mit 80 % des letzten Verdienstes) oder auch in Deutschland (zwei Monate Mutterschaftsgeld mit 100 % des letzten Einkommens, sowie maximal zwölf Monate mit 65 %). Auch in den Niederlanden (knapp 2 ½ Monate gut bezahlte Elternzeit mit 100 % des letzten Einkommens, danach weitere sechs Monate mit einer Pauschalentlohnung auf dem Level des Mindestlohnes) scheint es eine recht große Übereinstimmung zwischen bestehender Politik und öffentlicher Meinung zu geben. Hingegen deuten die Ergebnisse in Spanien (4 ½ Monate) und Großbritannien (1 ½ Monate gut bezahlte Elternzeit von 90 % des letzten Einkommens) darauf hin, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung in diesen Ländern eher einen Ausbau der recht kurzen (oder gar nicht vorhandenen) bezahlten Elternzeit wünscht.

Gewünschte Aufteilung der Elternzeit

Neben der Dauer der bezahlten Elternzeit ist deren Aufteilung zwischen Mutter und Vater Thema der politischen und gesellschaftlichen Debatten. In einigen Ländern (zum Beispiel in Schweden oder Deutschland) ist daher ein Teil der Elternzeit ausschließlich für Väter reserviert. Werden diese Monate nicht vom Vater in Anspruch genommen, verfallen sie ungenutzt und können nicht auf die Mutter übertragen werden. Doch welche Aufteilung der bezahlten Elternzeit zwischen den Eltern wird in den jeweiligen Ländern bevorzugt? Abbildung 2 zeigt nach Ländern, welche Aufteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter die meiste Zustimmung erhält.

In keinem der Länder gibt es einen nennenswerten Anteil an Befragten, die der Meinung sind, dass der Vater den größeren Teil der bezahlten Elternzeit nehmen sollte. Aus Sicht der Bevölkerung stellt sich damit letztlich also lediglich die Wahl zwischen einer Gleichverteilung, der teilweisen Einbindung des Vaters und einer alleinigen Verantwortung der

Abbildung 2: Wie sollte die Elternzeit zwischen den Eltern aufgeteilt werden?



Datenquelle: ISSP 2012, n = 7.862

Mutter. Letztere, ausgesprochen konservative Haltung findet sich vor allem in Ungarn, wo eine Mehrheit der Befragten (mehr als 60 %) diese Meinung vertritt. Aber auch in Österreich und Spanien ist mehr als ein Viertel der Befragten dieser Meinung. Im Gegensatz dazu ist die Mehrheit der Befragten in Schweden sowie beinahe die Hälfte der Befragten in den Niederlanden und in Deutschland für die Gleichverteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter. Gerade am Beispiel Deutschlands zeigt sich, dass in diesem Bereich der Familienpolitik eine deutliche Diskrepanz zwischen den geäußerten Wünschen und der Umsetzung besteht. So wünschen sich in Deutschland fast 50 % der Befragten eine Gleichverteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter; tatsächlich haben im Jahr 2013 Väter im Durchschnitt 3,1 Monate, Mütter jedoch 11,6 Monate der bezahlten Elternzeit in Anspruch genommen. In Schweden haben Väter im Jahr 2014 etwa 25 % der bezahlten Elternzeit in Anspruch genommen, eine Gleichverteilung wird aber auch dort von der großen Mehrheit der Befragten gewünscht. Entsprechend besteht hier also noch ein großer politischer Handlungsbedarf, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Vätern und Müttern zu verbessern. Denn im Vergleich zu der tatsächlich in Anspruch genommenen Elternzeit wünschen sich die Befragten in allen Ländern, dass Väter stärker in die Erziehung eingebunden und Mütter entsprechend besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.

¹ beschreibt die damals gültige Rechtslage in Österreich

Zusammenfassung

Die Ergebnisse dieses Beitrags bestätigen bisherige Forschungen (z.B. Ebbinghaus und Naumann 2018), die zeigen, dass im Großen und Ganzen die politischen Präferenzen mit den bestehenden sozialpolitischen Regelungen übereinstimmen. In Ländern, in denen die Berufstätigkeit von Müttern positiver gesehen wird, arbeiten auch mehr Frauen. Und wenn mehr Frauen arbeiten, dann wird auch die Berufstätigkeit von Müttern positiver wahrgenommen. In einzelnen Ländern zeigt sich jedoch auch ein Anstieg in der Erwerbsbeteiligung von Frauen, ohne dass das Bild von arbeitenden Müttern sich verändert, also positiver geworden ist. Das deutet darauf hin, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung diese Entwicklung eher negativ sieht und die Erwerbsbeteiligung von Frauen nach wie vor eher als eine notwendige und nicht als eine erwünschte Tatsache wahrgenommen wird.

Die Auswertungen zeigen auch, dass in nahezu allen Ländern eine bezahlte Elternzeit von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht wird. Daraus ergibt sich natürlich insbesondere in Ländern, die keine oder nur eine sehr kurze bezahlte Elternzeit anbieten, ein politischer Handlungsbedarf, diese Angebote auszubauen.

In Bezug auf die gewünschte Verteilung der Elternzeit zwischen Männern und Frauen sind die Ergebnisse etwas schwieriger zu interpretieren. Deutlich zeigt sich, dass eine stärkere Beteiligung der Väter bei der Betreuung der Kinder gewünscht ist. In manchen Ländern wünscht sich eine Mehrheit sogar die Gleichverteilung der Elternzeit auf Vater und Mutter. Vergleicht man diese Ansprüche mit der Realität, so zeigt sich jedoch in allen Ländern, dass diese Wünsche nicht umgesetzt werden. Das kann an Hindernissen am Arbeitsmarkt oder fehlenden Anreizen bei den Elternzeitregelungen liegen. In diesem Fall ist die Politik gefordert, Bedingungen zu schaffen, damit der Wunsch nach mehr Gleichberechtigung auch umsetzbar ist. Es kann aber auch an einer Diskrepanz zwischen politischen Präferenzen und persönlicher Lebensplanung liegen: man wünscht sich zwar aus gesamtgesellschaftlicher Sicht eine gerechte Aufteilung zwischen Vater und Mutter, ist aber dann letztlich in seiner persönlichen Lebensplanung nicht bereit, diese auch umzusetzen.

Und schließlich zeigt die Tatsache, dass es kaum Befürworter dafür gibt, dass der Vater einen größeren Anteil der Elternzeit in Anspruch nimmt, dass Müttern nach wie vor eine größere Verantwortung

für die Kinderbetreuung in den ersten Lebensjahren zugeschrieben wird. Entsprechend scheinen die Einstellungen der Bevölkerung zwar eine Politik hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit zu fordern – allerdings entsteht der Eindruck, dass zumindest in Bezug auf die Betreuung der Kinder keine Reform eine Unterstützung findet, die über eine Gleichverteilung der Betreuung zwischen Vätern und Müttern hinausgeht. ■

Literatur

- Bahle, Thomas (2008): Family policies in the enlarged European Union. In: Alber, Jens; Fahey, Tony; Saraceno, Sarah (Hrsg.): Handbook of Quality of Life in the Enlarged European Union. London: Routledge. S. 100–125.
- Ebbinghaus, Bernhard; Naumann, Elias (Hrsg.) (2018): Welfare state reforms seen from below. Cham: Palgrave Macmillan.
- Moss, Peter (Hrsg.) (2012): International Review of Leave Policies and Related Research 2012. International Network on Leave Policies and Research.

Kontakt:

naumann@uni-mannheim.de

Der Autor

Elias Naumann PhD ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich „Die Politische Ökonomie von Reformen“ an der Universität Mannheim. Im Projekt A6 „Welfare state reform support from below: linking individual attitudes and organized interests in Europe“ unter der Leitung von Prof. Katja Möhring und Prof. Bernhard Ebbinghaus untersucht er wie Interessensorganisationen und die öffentlichen Meinung im Zusammenspiel den sozialpolitischen Reformprozess beeinflussen.

www.eliasnaumann.de

Wussten Sie, dass ...

... ältere Jugendliche seltener mit der Familie essen?

VON SABINE BUCHEBNER-FERSTL

Gemeinsame Mahlzeiten zuhause mit der Familie kommen heute seltener als noch in der Vergangenheit vor (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2015), wenngleich bereits in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts gerade einmal 15 % der Familien regelmäßig alle drei Hauptmahlzeiten gemeinsam eingenommen haben (vgl. Schlegel-Matthies 2011). Insbesondere das Mittagessen findet heutzutage als gemeinsame Familienmahlzeit praktisch ausschließlich am Wochenende statt. Aber auch das Frühstück wird nur mehr selten täglich im Familienkreis zelebriert. Wie Ergebnisse der sogenannten „Health Behaviour in School-aged Children“-Studie aus 2013/14 (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2015) zeigen, in der Kinder und Jugendliche im Alter von elf bis 17 Jahren zu ihrem Ernährungsverhalten befragt wurden, gibt lediglich ein Fünftel von ihnen an, täglich mit der Mutter und/oder dem Vater zu frühstücken. Je älter die Kinder werden, desto seltener ist dies der Fall. Während noch rund die Hälfte der 11-Jährigen das Frühstück gemeinsam mit Mama und Papa einnimmt, so sinkt dieser Anteil bei den 17-Jährigen auf rund ein Fünftel. Ein auffälliger Befund in diesem Zusammenhang ist, dass nur etwa die Hälfte dieser Personengruppe überhaupt täglich ein Frühstück zu sich nimmt. Etwa ein Drittel der Mädchen und Buben gibt an, gar nicht zu frühstücken.

Was das Abendessen betrifft, finden gemeinsame Mahlzeiten in der Familie deutlich häufiger statt, obgleich sich auch hier der Alterseffekt, im Sinne von weniger gemeinsame Mahlzeiten mit zunehmendem Alter, stark zeigt (s. Abbildung 1). Stellt ein gemeinsames Abendessen für drei Viertel der 11-Jährigen noch den Regelfall dar, so trifft dies nur mehr für ein Drittel der 17-Jährigen zu. Umgekehrt erhöht sich der Anteil jener, die kaum ein gemeinsames Abendessen einnehmen, von 6,8 % der Buben bzw. 7,7 % der Mädchen bei den 11-Jährigen auf ein Fünftel bei den Buben bzw. ein Viertel bei den Mädchen in der Altersgruppe der 17-Jährigen (s. Abbildung 2).

Der Umstand, dass mit zunehmendem Alter der Kinder und Jugendlichen gemeinsame Mahlzeiten im Familienkreis immer seltener stattfinden, darf jedoch nicht zu dem Schluss verleiten, dass diese keinen Stellenwert mehr besitzen. Die gemeinsame Mahlzeit hat sich vielmehr von einer unhinterfragten Verpflichtung über weite Strecken zu einer Option gewandelt (vgl. Bartsch 2011). Die Familienmahlzeit hat dabei in gewisser Weise einen Bedeutungswandel,

Abbildung 1: Gemeinsames Abendessen: an 5 bis 7 Tagen in der Woche

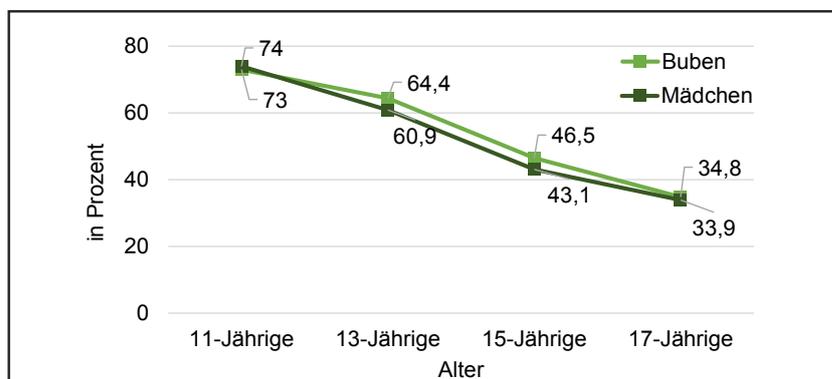
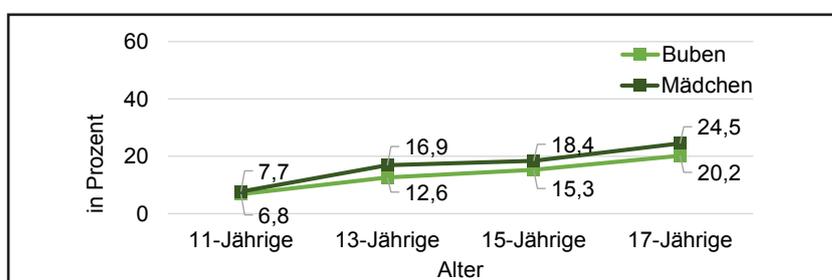


Abbildung 2: Gemeinsames Abendessen: Selten oder nie



Quelle Abb. 1 und Abb. 2: BM für Gesundheit (Hg.) (2015: 44); eigene Darstellung ÖIF

keineswegs jedoch per se einen Bedeutungsverlust erfahren:

„Eine vom gemeinsamen Tisch unabhängige Selbstversorgung hat die Verteil- und Ernährungsversorgungsfunktion zurückgedrängt zugunsten einer Kommunikationsfunktion. (...) Jugendliche nehmen an den Essen überwiegend freiwillig teil, denn sie schätzen die gemeinsamen Zeiten als Ort der Familienkommunikation.“ (Bartsch 2011: 91)

Belegt wird dieser Umstand beispielsweise durch eine andere Studie von Bartsch (2008). Auf die Frage „Was gefällt dir am meisten am gemeinsamen Essen?“ (Mehrfachantworten waren möglich) nannten zwei Drittel der Jugendlichen „Gespräche“, gefolgt vom „guten Essen“ (56 %) und dem „Zusammensein“ (46 %) (Bartsch 2008: 137). ■

Kontakt:

sabine.buchebner-ferstl@oif.ac.at

Dieser Beitrag entstand im Rahmen einer Expertise zur gesunden Ernährung in der Familie für „Ja! Natürlich“.

Literatur

- Bartsch, Silke (2011): Familienmahlzeiten aus Sicht der Jugendlichen. In: Schönberger, Gesa; Methfessel, Barbara (Hg.): Mahlzeiten. Alte Last oder neue Lust? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79–93.
- Bartsch, Silke (2008): Jugendessteskultur. Bedeutungen des Essens für Jugendliche im Kontext Familie und Peergroup. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung, 30). Zugl.: Heidelberg, Pädagog. Hochsch., Diss., 2006.
- Bundesministerium für Gesundheit (Hg.) (2015): Gesundheit und Gesundheitsverhalten von österreichischen Schülerinnen und Schülern. Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2014. Wien.
- Schlegel-Matthies, Kirsten (2011): Mahlzeit im Wandel – die Entideologisierung einer Institution. In: Schönberger, Gesa; Methfessel, Barbara (Hg.): Mahlzeiten. Alte Last oder neue Lust? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–38.

¹ Abk. HBSC. Alle vier Jahre stattfindende Gesundheitsstudie der WHO mit über 40 teilnehmenden Ländern.

Ein Kind – zwei Eltern?

Vielfalt von Elternschaft: Wie entsteht Elternschaft und wieviele Eltern sind möglich?

VON BERND EGGEN

Die heutige Vielfalt von Elternschaft ist Ausdruck eines familialen und technischen Wandels. Zugleich steigert sie das Problem der Zugehörigkeit im „Wir“ einer Familie: Wer gehört zur Familie, wer nicht?

Biologische Elternschaft: Genetisch – nicht genetisch

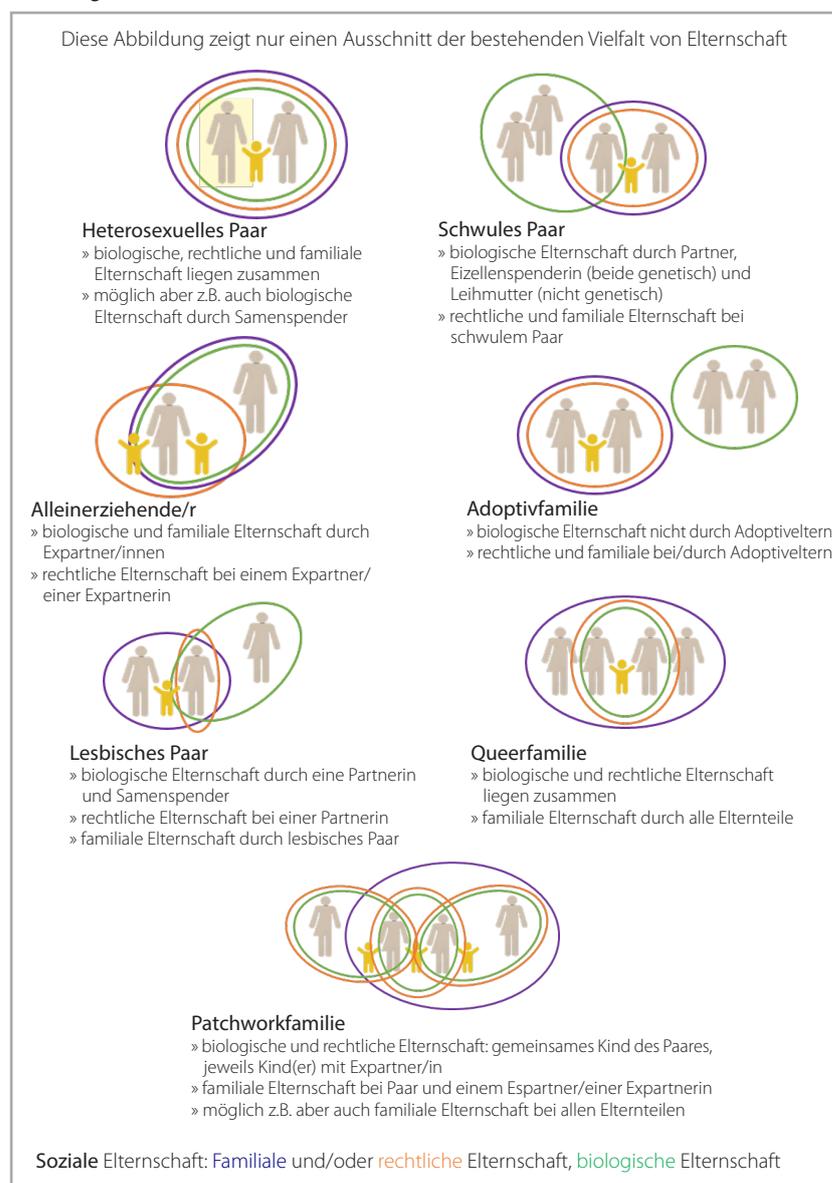
Biologische Elternschaft bezeichnet ein biologisches Abstammungsverhältnis und kommt durch Zeugung und Geburt zustande. Bei genetischer Elternschaft besteht eine Blutsverwandtschaft. Der Mann, der den Samen zur Zeugung liefert, ist der genetische Vater, bei der Frau kann zwischen *genetischer* und *nicht genetischer* Elternschaft unterschieden werden. Die Frau, die die Eizelle oder Teile dieser Eizelle liefert, ist die genetische Mutter, ungeachtet dessen, ob sie das Kind austrägt und gebärt. Eine Frau, die das Kind nicht gezeugt, aber ausgetragen und geboren hat, ist zwar die biologische, aber nicht die genetische Mutter. Es besteht keine Blutsverwandtschaft zum Kind.

Die biologische Elternschaft ist die Einheit der Unterscheidung von genetischer und nicht genetischer Elternschaft. Wie anders als biologisch ist beispielsweise die Zeugung zu verstehen, nachdem die Pipette in das unbefruchtete Ei eindringt und das Spermium injiziert. Bei der Intrazytoplasmatischen Spermieninjektion (ICSI) sind zwei ausgewählte Zellen mit ihren genetischen Eigenschaften durch einen Akt der Einspritzung zusammengeführt worden. Der Embryo entsteht außerhalb des weiblichen Körpers und kann nach wenigen Tagen in die Gebärmutter einer Frau transferiert werden. Er kann der genetischen Mutter übertragen werden oder einer anderen Frau. Im ersten Fall hätte das Kind zwei biologische Eltern, die zugleich auch die genetischen Eltern sind. Im zweiten Fall hätte das Kind drei biologische Eltern, von denen zwei die genetischen Eltern und einer der nicht genetische Elternteil ist. Mittlerweile kann ein Kind drei genetische Eltern haben, ungeachtet dessen, welche Frau das Kind austrägt. Darüber hinaus könnte künftig die Anzahl der genetischen Eltern grundsätzlich auch unbegrenzt sein. Demgegenüber dürfte die nicht genetisch begründete, biologische Elternschaft auf eine Gebärmutter beschränkt bleiben.

Psychische Elternschaft: Eine Blackbox

Psychische Elternschaft entsteht durch Gedanken und Gefühle. Gefühle können als psychische Beobachtungen und Beschreibungen physischer Zustände begriffen werden. In Abhängigkeit seines Körpers,

Abbildung: Ein Kind – zwei Eltern? Vielfalt von Elternschaft



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

seiner hormonellen Ausstattung, seines Empfindens und seiner Biografie, einschließlich der eigenen kindlichen Sozialisation, bildet der Einzelne seine psychische Elternschaft heraus. Die Gefühle bilden dabei keinen Gegensatz zur Rationalität. Das Denken, Fühlen und Bewerten gehören zusammen. Für einen Außenstehenden bleibt das individuelle Bewusstsein jedoch eine Blackbox. Sie ist für ihn nicht einsehbar und interpretierbar. Zu sehen ist allein die Interaktion von Eltern und Kindern, also die familiäre Kommunikation unter Anwesenden. Grundsätzlich ist bei mehr als zwei Elternteilen eine psychische Elternschaft möglich.

Soziale Elternschaft: Familial – rechtlich

Soziale Elternschaft bezeichnet eine soziale Rolle. Sie bedeutet zum einen die Übernahme bestimmter Aufgaben bei der Erziehung des Kindes, zum anderen die Verantwortung als Erwartung, diese Aufgaben auch erfolgreich zu erfüllen. In der Gesellschaft übernehmen primär die Eltern als Personen, aber auch der Staat mit seinen rechtlichen Normierungen Aufgaben und Verantwortung bei der Erziehung des Kindes. Es ist deshalb zwischen *familialer* und *rechtlicher* Elternschaft zu unterscheiden. Demgegenüber ist die gängige Unterscheidung von sozialer und rechtlicher Elternschaft unpräzise. Sie geht von einem Begriff „sozial“ aus, der am Alltag orientiert ist und Vorstellungen wie „Wärme“, „Nähe“ oder „Zuneigung“ mit sich führt. Die real möglichen Beziehungen in der Familie reichen jedoch von Wärme bis Kälte, von Nähe bis Ferne, von Zuneigung bis Abneigung; und nur äußerst selten ist dieses breite soziale Spektrum juristisch relevant. Zugleich siedelt sie juristische Erwartungen und Entscheidungen außerhalb des „Sozialen“ an. Diese Unterscheidung ist nicht vereinbar mit einem wissenschaftlichen Verständnis von Gesellschaft. Als sozialer Sachverhalt unterscheidet sich Gesellschaft, die sich allein durch Kommunikation produziert und reproduziert, von Bewusstsein mit psychischen Operationen und organischen Körpern mit physischen Operationen. Danach sind Familie und Recht, aber auch Politik, Wirtschaft, Religion und Wissenschaft soziale Sachverhalte, die nur innerhalb der Gesellschaft und nicht im Gegensatz zur Gesellschaft möglich sind. Kurzum: Was in Familie und Recht geschieht, ist zugleich Vollzug von Gesellschaft.

Familiale Elternschaft entsteht durch die Selbstverpflichtung einer Person, die Elternverantwortung für ein Kind faktisch zu übernehmen. Die Entscheidung ist Ausdruck einer radikalen gesellschaftsstrukturellen Umstellung der Familie. Familie begründet sich seltener denn je als Institution mit ihren rechtlichen, politischen oder religiösen Referenzen, sondern vor allem durch Herstellung und Selbstbeschreibungen der beteiligten Personen. Diese Innenorientierung ist gegenüber biologischen Vorgaben neutral. So lässt sich zwar eine Präferenz empirisch beobachten, dass die Personen in der Paarbeziehung dieselben sind, welche die Elternschaft auch biologisch begründen. Doch jenseits von Zweigeschlechtlichkeit und Zweielternschaft ist familiäre Elternschaft strukturell vielfältiger. Unter den Bedingungen einer gesteigerten Selbstbezüglichkeit der Familie in der modernen Gesellschaft sind es die beteiligten erwachsenen Personen, die über Elternschaft und Anzahl der Eltern entscheiden. Im Sinne der Verantwortlichkeit verpflichten sie sich selbst, die Verantwortung für die Erziehung eines Kindes oder mehrerer Kinder zu tragen. Familiäre Elternschaft reicht dann von der alleinerziehenden Person über

die Paarbeziehung bis hin zu einer Quattro-Beziehung. So etwa in Queerfamilien, wo mehr als zwei Personen die familiäre Elternschaft übernehmen. Grundsätzlich ist jede strukturelle Variation familialer Elternschaft möglich jenseits der statistisch häufig erfassten Konstellationen. Zugleich ist die jeweilige Konstellation nur eine im Moment. Eine familiäre Elternschaft kann in ihrer aktualisierten Konstellation dauerhaft oder temporär, kontinuierlich oder diskontinuierlich wahrgenommen werden. Die familiäre Elternschaft kann sich in der Biografie der Eltern und Kinder verändern durch Ausschluss bisheriger Eltern und Einschluss anderer Personen als Eltern. Gleichzeitig ist familiäre Elternschaft semantisch nicht beliebig. Entscheidend sind die Sinnzusammenhänge, in denen sich heute Elternschaft kulturell begründet. Sie sind zu beobachten, wenn Eltern sich um ihre Kinder kümmern, wie sie ihre Verantwortung und Befugnisse bei der Erziehung handhaben und sich dadurch von einer Erziehung durch die soziale Umwelt semantisch unterscheiden. Die Verantwortung ist umfassend und beinhaltet die Zumutung, dass verantwortliche Personen, hier die Eltern als Verantwortungsträger, in der Lage sein sollten, Probleme der Erziehung zu entfalten, die andere nicht zu entfalten vermögen. Das schließt ein Misslingen familialer Elternschaft, ein „dysfunctional parenting“ ein.

Rechtliche Elternschaft entsteht durch rechtliche Zuordnung eines Kindes zu einer Person. Aus dieser Zuordnung ergeben sich generell wie spezifisch gehaltene Pflichten und Rechte der Person gegenüber dem Kind. Sie ist weniger umfassend als die familiäre Elternschaft, und sie ist gegenüber den Inhalten der familialen Erziehung unscharf. Bezeichnend für die rechtliche Elternschaft ist, dass sie in der Familie nur dann zum Thema wird, wenn extreme Krisen den Alltag der Familie irritieren. Geregelt wird dann die rechtliche Elternschaft aber nicht in der Familie, sondern nur innerhalb des Rechtssystems, zwischen Anwälten und vor Gerichten. In Deutschland ist die Anzahl rechtlicher Eltern bislang auf maximal zwei Personen begrenzt.

Neben den Eltern kann ein Kind auch zu anderen Personen enge Beziehungen haben. Vaskovics (2016) schlägt in diesen Fällen vor, sie als „sozial-familiäre Beziehungen“ zu bezeichnen. Solche persönlichen Beziehungen ähneln semantisch und strukturell in vielem der familialen Elternschaft. Doch sind solche Beziehungen etwa zu Verwandten, Freunden, Bekannten, Nachbarn oder professionellen Erziehern weniger strukturell als semantisch zu begreifen. Verglichen mit familialer Elternschaft sind sie seltener exklusiv und nah, seltener kontinuierlich und dauerhaft, weniger umfassend. Sie sind in einem starken Maße beliebig, selektiv, informell und uneindeutig bei Verpflichtungen und Leistungen. ■

Literatur

- Eggen, Bernd (2018): Multiple Elternschaft – Zur neuen Normalität von Elternschaft. *Rechtspsychologie – RPsych* 4 (2), S. 181–207.
- Vaskovics, Laszlo A. (2016): Segmentierung und Multiplikation der Elternschaft und Kindschaft: ein Dilemma für die Rechtsregelung? In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 64 (2), S. 194–209.

Zum Autor

Dr. Bernd Eggen ist Sozialpädagoge und Soziologe. Er ist Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und arbeitet dort als Referent der Familienforschung Baden-Württemberg.

Kontakt:
bernd.eggen@stala.bwl.de



Die Gemeinde – Lernort für Kinder Wie Kinder beim Lernen unterstützt werden können

In den Gemeinden gibt es vielfältige Möglichkeiten, Kinder beim Lernen außerhalb der Schule zu unterstützen. Die Kommunen können zentrale Orte für freiwillige Lernhilfe und Hausaufgabenbetreuung sein. Das Familienreferat des Landes Oberösterreich lädt in Kooperation mit der SPES Familien-Akademie und der AUVA zu dieser Informations- und Austauschveranstaltung ein.

Termin: 21. November 2018, 14.00 bis 17.30 Uhr
Ort: Presseclub im OÖ Kulturquartier (Landstraße 31, 4020 Linz)
Information: www.spes.co.at/lernortgemeinde – Anmeldung erforderlich



Wertewandel in Österreich Kontinuitäten, Trends und Neuorientierungen 1986 bis 2016

Repräsentative Umfragen aus der Zeit zwischen 1986 und 2016 sind die Grundlage für diesen Sammelband, der die vielfältigen Veränderungen in den Lebensbedingungen und Wertorientierungen in Österreich nachzeichnet. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheit werden Wandlungsprozesse bei Arbeit, Erwerbstätigkeit und Freizeit, Bildungschancen, Geschlechterrollen, Partnerschaft und Familie, Politik und politischer Partizipation sowie Lebensqualität thematisiert. Neben kontinuierlichen Entwicklungen zeigen sich bei den Wertorientierungen auch neue Tendenzen im Spannungsfeld zwischen Tradition und Neuorientierung.

Publikation: Bacher, Johann; Grausgruber, Alfred; Haller, Max; Höllinger, Franz; Prandner, Dimitri; Verwiebe, Roland (Hrsg.) (2019): Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986–2016. Wiesbaden: Springer VS. ISBN 978-3-658-21080-9
www.springer.com

termin

Erforschung der frühen Kindheit: Auf den Spuren Charlotte Bühlers Die Wiener Entwicklungspsychologie 2008 bis 2018

Ausgewählte entwicklungspsychologische Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre an der Universität Wien werden bei diesem Symposium präsentiert. Die Arbeiten stehen in der Tradition der Forschungen Charlotte Bühlers zur kindlichen Entwicklung. Sie lehrte in der Zwischenkriegszeit an der Universität Wien und gilt als eine der bedeutendsten Psychologinnen des 20. Jahrhunderts. Das Symposium zeigt, wie insbesondere Nachwuchswissenschaftler/innen diese Forschungstradition fortführen und wie die Wiener Forschungsschwerpunkte in die weltweite Erforschung der Kindesentwicklung eingebettet sind.

Termin: 29. bis 30. November 2018
Ort: Billrothhaus (Frankgasse 8, 1090 Wien)
Information: <https://ecc.univie.ac.at/symposia/jubilaeum-2018/> – Anmeldung erforderlich

impresum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oifac.at/impresum | **Kontakt:** beziehungsweise@oifac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Mag. Rudolf Karl Schipfer
Fotos und Abbildungen: digikaart.nl (S. 1) | E. Naumann (S. 2, 3) | BM für Gesundheit/ÖIF (S. 5) | Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (S. 6) | SPES GmbH, Springer VS Verlag (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundeskanzleramtes über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.
Grundlegende Richtung des Werks nach § 25 (4) MedienG:
Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.